

Für einen Neuanfang

Wolfgang Clement plädiert für die Einrichtung eines „Industriekabinetts“ in Berlin.

Das die Industrie die Substanz der deutschen Wirtschaftskraft ausmacht, sollte uns die große Krise ins Bewusstsein zurückgerufen haben. Und das ist auch nötig. Ein Land wie das unsere kann eben nicht nur aus seinen Dienstleistungen schöpfen, es braucht vor allem anderen die industrielle, die eigentliche realwirtschaftliche Wertschöpfung. Sie erzeugt Investitionen, mobilisiert Dienstleistungen und trägt zudem - wenn es so gut wie momentan läuft - mit einer beeindruckenden Exportleistung entscheidend zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage bei.

Es spricht mithin alles dafür, die industrielle Kompetenz unseres Landes zu hüten wie unseren Augapfel. Wer's nicht glaubt, der schaue nach Großbritannien, wo die Konzentration besonders auf finanzwirtschaftliche Dienstleistungen und der nahezu gleichzeitige Verlust von industriellen Kompetenzen maßgeblich zum wirtschaftlichen Niedergang beigetragen haben.

Es ist begrüßenswert, wenn die Politik sich dem nicht verschließt, sondern bereit ist, Konsequenzen zu ziehen. Die Überlegung, die industriepolitische Koordination innerhalb der Bundesregierung in Richtung eines „Industriekabinetts“ zu verbessern, gehört dazu, auch wenn es befremdlich wirken mag, dass eine „Regierungsmannschaft“ einer internen Teambildung bedarf, um Koordinierungsprobleme zu überwinden. Aber so ist es. Die heute auf der Bundes- wie auf der Länderebene üblichen administrativen Strukturen haben sich im Laufe der Zeit derart verfestigt und gegeneinander abgeschottet, dass sie offensichtlich nur mit Hilfe von Sonderregelungen überbrückt werden können.

Im Verhältnis von Wirtschafts- und Umweltressorts wird das überdeutlich. Die politische Phraseologie behauptet, dass es zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Wirt-



schaft und Umwelt, keinen Gegensatz gebe. Die administrative Wirklichkeit spiegelt das genaue Gegenteil wider. Die beiden Ressorts arbeiten in der Regel eher gegen- als miteinander. Das war und ist so zu Zeiten von Rot-Grün wie von Schwarz-Rot wie jetzt von Schwarz-Gelb. Aus einem gesunden Spannungsverhältnis ist so der Zwang zum Kompromiss geworden, der jedoch zumeist stärker von der politisch-administrativen Binnensicht statt von der Außenwirkung und dem sachlich Gebotenen geprägt wird.

Nimmt man hinzu, dass sich die jeweiligen Ressorts im Laufe der Jahre, auf der Länderebene noch weit intensiver als auf der Bundesebene, ihre jeweils eigenen Institute, Ämter- und Behördenstrukturen zugelegt haben, dann erkennt man einen nicht unwesentlichen Grund für die Verbürokratisierung der politischen Diskussion in Deutschland. Und damit auch eine Ursache für die Komplizierung und Verlangsamung der Entscheidungsprozesse. Die Aufteilung der energiepolitischen Zuständigkeiten auf zwei Bun-

desressorts, auf das Wirtschafts- und das Umweltministerium, ist dabei noch ein besonderes Exempel. Dessen administrativer Niederschlag - zu besichtigen im Subventionsexzess zugunsten der Photovoltaik - trägt beinahe planwirtschaftliche Züge.

Das Tragische ist, dass sich solche politisch-administrativen Verkantungen und Verklemmungen keineswegs nur zwischen den Ressorts für Wirtschaft und Umwelt oder auch Wirtschaft und Arbeit abspielen und zu Lasten des Ganzen und insbesondere zu Lasten der industriellen Entwicklung auswirken. Dramatische Ausmaße haben sie vor allem im Bereich von Bildung und Qualifikation, von Wissenschaft und Forschung, also auf den Feldern, auf denen über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entschieden wird.

Wer sich vor Augen führt, dass die Zuständigkeiten für Kindergärten und Schulen heute nahezu ausschließlich bei den Ländern liegen, dass die Kommunen allerdings für die räumliche Verfassung dieser Einrichtungen verantwortlich sind und dass der Bund inzwischen fast regelmäßig - im Grundgesetz nicht vorgesehene - Mittel zur Bildungsförderung zuschießt, darüber freilich wegen eines ausdrücklichen Kooperationsverbots mit den Kommunen nicht einmal verhandeln darf, dem muss klar werden, wie irrwitzig weit sich die politisch-administrative Realität inzwischen von der Lebenswirklichkeit entfernt hat.

Deshalb: Ein Industriekabinetts in Gang zu setzen, um industriepolitisch ein Zeichen zu setzen und die Koordination in der Bundesregierung zu intensivieren, ist das eine. Das andere ist, endlich im bürokratischen, im politisch-administrativen und insbesondere im föderalen Gefüge unseres Landes für Remedur zu sorgen. Es wäre ein wirklicher Dienst an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes!

Der Autor war Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Mart Klein

Handelsblatt Shop

Jeden Monat neu!



Handelsblatt-Bestseller: die meistverkauften Wirtschaftsbücher in Deutschland

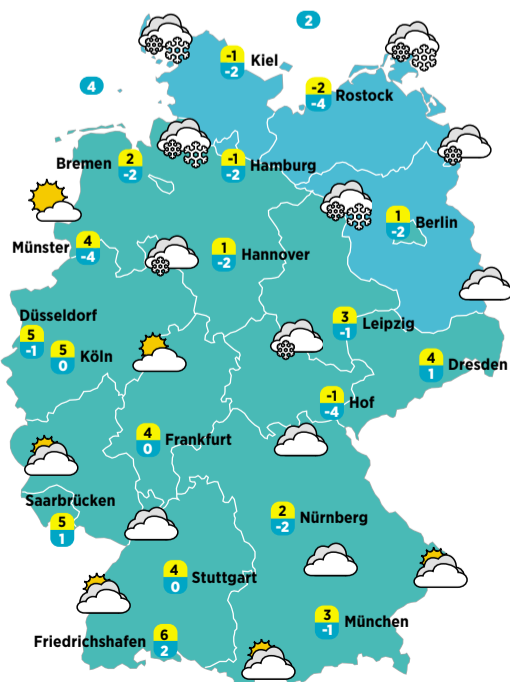
www.handelsblatt-shop.com/bestseller

BUSINESS-WETTER 17.02.

Deutschland

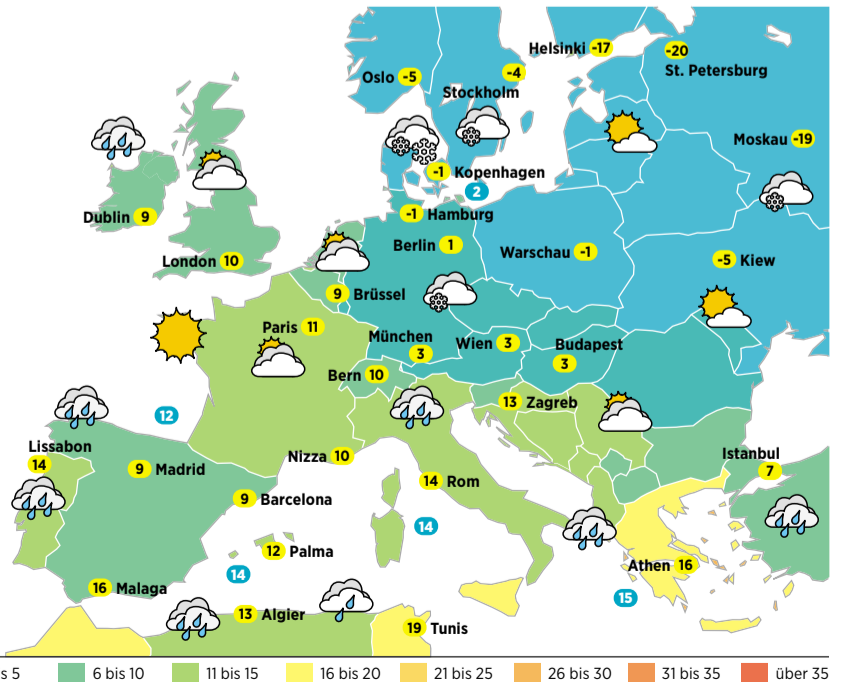
Der Donnerstag beginnt in weiten Teilen Deutschlands trüb und häufig leicht frostig mit Tiefsttemperaturen zwischen -3 und +3 Grad. Bereits am Vormittag setzt an der Oder und an der Ostsee Schneefall ein, der sich am Nachmittag weiter bis zur Elbe ausbreitet. Weiter westlich und südlich bleibt es trocken und außerhalb einiger Nebelgebiete wird es zeitweise sonnig. Dabei steigen die Temperaturen auf Höchstwerte zwischen -2 Grad in Mecklenburg-Vorpommern und +10 Grad in Baden-Württemberg.

Darmstadt	stark bewölkt	5
Dortmund	wolkig	7
Duisburg	wolkig	7
Essen	wolkig	6
Hildesheim	leichter Schneefall	2
Mannheim	stark bewölkt	5
Potsdam	leichter Schneefall	0
Sylt	leichter Schneefall	0
Wolfsburg	Schneefall	0



Welt

Amsterdam	6
Bangkok	35
Buenos Aires	30
Chicago	12
Genf	11
Hongkong	20
Johannesburg	25
Kairo	20
Kapstadt	28
Los Angeles	14
Mailand	9
Manila	30
Mexiko Stadt	26
Miami	24
New York	12
Peking	7
Prag	4
Stockholm	-4
Tokio	13
Washington	18
Wien	3
Zürich	9



Handelsblatt | Mehr Wetter unter www.handelsblatt.com/wetter | Quelle: mowis.com